

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

07.09.2013 /19.20-19.50 Uhr
08.09.2013 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/info

Inhalt:

- Syrien-Krise – US-Militärschläge ohne Strategie?
- Sicherheitspolitische Wahlaussagen – die Vorstellungen von Unionsparteien und SPD
- Euro Hawk-Untersuchungsausschuss – Dauerprobleme mit dem Bundeswehr-Beschaffungswesen
- Intelligente Kampfroboter – nur noch eine Frage der Zeit?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrophon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Und das sind unsere Themen:

- Kontinuität oder Kurswechsel? Die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Unionsparteien und der SPD.
- Euro Hawk-Untersuchungsausschuss – Dauerprobleme mit dem Bundeswehr-Beschaffungswesen. Und:
- Intelligente Kampfroboter – Nur noch eine Frage der Zeit?

Zunächst jedoch zur Syrien-Krise.

Eigentlich wollte sich Präsident Obama nicht erneut militärisch engagieren. Doch das wird sich möglicherweise schon demnächst ändern. Denn Obama hat sich in eine Sackgasse manövriert und steht jetzt unter großem Zugzwang.

Vor einem Jahr hatte der US-Präsident den Einsatz von Chemiewaffen als rote Linie bezeichnet. Und diese Linie ist in Syrien am 21. August offenbar überschritten worden. Mehr als 1.400 Menschen sind nach US-Erkenntnissen bei Damaskus durch chemische Kampfstoffe getötet worden. Und nun geht es um

die Glaubwürdigkeit des Präsidenten und der USA. Nichtstun ist keine Option. Ein begrenzter US-Militärschlag soll die Antwort auf das Verbrechen sein, notfalls auch ohne UN-Mandat.

Die Folgen dieser als Strafaktion gedachten Militäroperation sind allerdings ungewiss. Auch deshalb wird sich Großbritannien diesmal nicht beteiligen. Und auch in der Bevölkerung der USA ist eine breite Mehrheit gegen eine Intervention. Die mit der Militäraktion verbundenen Risiken will Obama aber nicht allein tragen. Deshalb sucht der US-Präsident die Zustimmung des Kongresses. Offenbar hat der Friedensnobelpreisträger selbst Zweifel – auch wenn er sich am vergangenen Wochenende nach außen kraftvoll und selbstbewusst gab:

O-Ton Obama

„I have decided that the United States should take military action against Syrian regime targets. ... I will seek authorization for the use of force from the American people's representatives in Congress.”

Obama hat sich also entschieden, aber offenbar gegen den Ratschlag seiner Spitzenmilitärs. Vor einigen Wochen hatte Generalstabschef Dempsey in einem Schreiben an den Senat die verschiedenen Militäroptionen gegen Syrien aufgelistet - und sie praktisch verworfen. Weil das Risiko groß ist, dass die Lage in dem Land schnell außer Kontrolle geraten könnte, und die USA ungewollt militärisch in einen neuen Konflikt hineingezogen würden. Denn die Militärs haben inzwischen die Lehren aus dem Irak-Krieg und dem Afghanistan-Konflikt gezogen, wie Dempsey kürzlich im US-Fernsehsender ABC erklärte:

O-Ton Dempsey (overvoice)

„Es mir klar geworden, dass der Einsatz von militärischen Mitteln immer Teil einer umfassenden Strategie sein muss - einer Strategie, die auch internationale Partner einschließt. Der simple Einsatz von Gewalt, ohne umfassende Strategie, führt vermutlich nie zu dem Ergebnis, das man eigentlich anstrebt.“

Eine Gesamt-Strategie für die Syrien-Krise haben die USA aber schon seit Jahren nicht. Die geplante Militäraktion ist nicht eingebettet in ein politisches Konzept. Militärschläge wären vor allem Aktionismus.

Die geplante Militäroperation soll zeitlich begrenzt werden. Sie wird möglicherweise nur einige Tage dauern, ohne den Einsatz von Bodentruppen. Es heißt, das Kräftegleichgewicht solle nicht verändert werden. Washington will Assad durch die Militärschläge nicht stürzen. Die Absicht ist, dem Regime in Damaskus eine Lektion zu erteilen. Um das Schicksal der mehr als zwei Jahre unter dem Krieg leidenden Menschen geht es bei dieser Planung nur am Rande.

Für den Sprecher des Repräsentantenhauses John Boehner soll der Militärschlag ein Signal an die ganze Welt sein, dass die USA einen Einsatz von chemischen Waffen nicht tatenlos hinnehmen:

O-Ton Boehner

„We have enemies around the world that need to understand, that we are not to tolerate this type of behavior.“

Welche Folgen die Militärschläge für die Region haben werden, und wie es danach in Syrien weitergeht, das ist ungewiss. Was ist, wenn Assad sich nicht abschrecken lässt, und nach der Militäraktion erneut chemische Waffen einsetzt? Müssen die USA dann, um glaubwürdig zu bleiben, erneut zuschlagen? Wie wird Teheran reagieren? Wie die Hisbollah, die ebenfalls zahlreiche Kämpfer in Syrien hat? Werden Israel und der Libanon in den Konflikt hineingezogen? Welche Auswirkungen hätte eine Militäraktion auf das Verhältnis der USA zu Moskau? Wird es eine weitere Flüchtlingswelle geben?

Fragen über Fragen. Die Eskalationsgefahr ist groß in dem ohnehin konfliktreichen Nahen Osten. Eigentlich müsste das strategische Ziel der USA sein, Syrien und die Anrainer-Staaten zu stabilisieren. Ein Militärschlag könnte genau das Gegenteil bewirken.

Zu unserem nächsten Thema:

In zwei Wochen ist es soweit. Dann wird ein neuer Bundestag gewählt. In unserer Sendung vor 14 Tagen haben wir über die sicherheitspolitischen Vorstellungen der drei kleinen Bundestagsparteien berichtet. Heute nun geht es um die Positionen der Unionsparteien und der SPD. Soll es einen Kurswechsel in

der Sicherheitspolitik geben? Wie geht es weiter mit der Bundeswehr? Unser Berliner Korrespondent Georg Schwarte hat nachgefragt:

Manuskript Georg Schwarte

Atmo: Hubschraubergeräusche CH 53

CH 53 im Landeanflug. Zuvor waren die ersten 12 Kampffretter der Bundeswehr per Fallschirm abgesprungen, um zu trainieren, verletzte Kameraden hinter feindlichen Linien herauszuholen. Es ist eine neue Einheit, die hier in Laupheim beim Hubschraubergeschwader 64 ausgebildet wird. Für Verteidigungsminister de Maizière der beste Beweis, dass seine Bundeswehrreform Gestalt annimmt:

O-Ton de Maizière

„Gut, gut gemacht, und an Ihnen hängt viel Hoffnung. Diese Art von verbundemem Denken und verbundenem Einsatz, das ist die Zukunft von Einsätzen, das ist die Zukunft der Bundeswehr. Und das haben wir an diesem Beispiel gesehen. Das sind die ersten 12 Kampffretter, die wir in der Bundeswehr haben.“

Dazu der Unions-Slogan „Breite vor Tiefe“. Die Bundeswehr der Zukunft müsse nicht alles, aber viel können. Keine Armee der Spezialisten, trotz Verkleinerung auf 185.000 Mann will die Union auf keine militärischen Fähigkeiten verzichten:

O-Ton de Maizière

„Dabei dürfen sich die Streitkräfte und darf sich die Öffentlichkeit nicht auf jetzt aktuelle Einsatzszenarien statisch festlegen. Nur ein breites militärisches Fähigkeitsprofil bietet verschiedene Optionen, um den Anforderungen von heute und morgen gerecht zu werden.“

Ernst-Reinhard Beck, der scheidende verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, bringt es auf diese Formel:

O-Ton Beck

„Das ist im Grunde natürlich schon der richtige Ansatz, den der Minister hat. Wenn ich hergehe und sage, ich konzentriere mich mal auf meine Stärken, und lasse bewusste Lücken offen, dann ist es aus meiner Sicht nicht sehr verantwortungsvoll. Weil keiner im Grunde vorhersagen kann, wie die nächste Krise, wie das nächste Bedrohungsszenario aussieht. Von daher gesehen glaube ich,

sind wir auf dem richtigen Weg, ein möglichst breites Spektrum an Fähigkeiten vorzuhalten.“

Dier SPD sieht das anders. „Breite vor Tiefe“ sei keine Lösung für die Zukunft. Das führe zu Mittelmäßigkeit in der Aufgabenerfüllung. Deutschland, sagt der verteidigungspolitische Sprecher Rainer Arnold solle sich auf seine Stärken konzentrieren:

O-Ton Arnold

„Die Überschrift des Ministers lautet ja ‚Breite statt Tiefe‘. Das heißt im Klartext, er will im Prinzip alle Fähigkeiten erhalten. Alle nur kleiner und schwächer machen. Das bedeutet für die Soldaten, wenn sie im Einsatz gefordert sind, dass natürlich der Druck noch größer wird. Sie müssen häufiger in Einsatz gehen, haben weniger Ruhezeiten in ihrer Heimat.“

Dass die Truppenreduzierung notwendig ist, stellt auch die SPD nicht in Frage. Sie aber plädiert für den Ausbau europäischer Aufgabenteilung. Stichwort Pooling und Sharing:

O-Ton Arnold

„Wir müssten mal prüfen, welche Fähigkeiten in der internationalen Politik, EU und NATO, Mangelfähigkeiten sind. Das gilt zum Beispiel für die Zahl der Hub-schrauber, dort fehlt es überall. Das gilt zum Beispiel für Feldjäger. Und Deutschland hätte gut daran getan, Mangelfähigkeiten nicht weiter zu schrumpfen, sondern eher zu stärken.“

Auch bei der grundsätzlichen Bewertung über die angelaufene Bundeswehrreform sind sich Union und SPD nicht einig. Minister de Maizière sagt, die Eckpfeiler stehen, jetzt werde die Reform Stück für Stück umgesetzt:

O-Ton de Maizière

„Wir haben also die Grundentscheidung, wir haben den Fahrplan, wissen den Weg, den wir gehen wollen. Aber wir müssen ihn auch jetzt erst gehen.“

Die Konsequenzen: 65.000 Soldaten werden eingespart, die Zahl die Zivilbeschäftigten von 76.000 auf 55.000 reduziert, 30 Standorte werden aufgegeben. Die SPD ist dagegen. Will das Standortkonzept überprüfen, die Reduzierung der Zivilisten überdenken:

O-Ton Arnold

„Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, warum der Stab der Panzerdivision von Hannover nach Oldenburg verlegt wird. Ich kann auch überhaupt nicht nachvollziehen, warum man Sigmaringen aufgibt, und nach Veitshöchheim geht.“

Nur zwei Beispiele für Rainer Arnold, warum massiv nachgesteuert werden müsse:

O-Ton Arnold

„Diese Reform wird letztendlich Top Down, nach politisch gesetzten Vorgaben [umgesetzt]. Wie viel Geld steht zur Verfügung und wie viel Personal wollen wir haben. Sie wird nicht sicherheitspolitisch begründet. Sie wird von oben herunter administriert. Dieses Gefühl hab‘ nicht nur ich, sondern das haben viele Fachleute, auch Uniformträger, bei denen der Eindruck da ist, ihr Rat wird gar nicht eingeholt.“

Dass nach dem Aus für die Wehrpflicht die Nachwuchsgewinnung schwieriger wird, sehen beide Volksparteien. Der Minister allerdings sagt, sowohl die Zahlen der freiwillig Wehrdienstleistenden – derzeit knapp 8.500 - als auch die der Zeit- und Berufssoldaten machten Mut. Das Auswahlprinzip funktioniere:

O-Ton de Maizière

„Was die freiwillig Wehrdienstleistenden angeht, wir weisen jeden zweiten zurück. Wir wollen charakterlich gefestigte Menschen, wir wollen keine, die beim ersten Gegenwind gleich umgepustet werden. Aber die Zahlen sind ordentlich bis gut.“

Auch hier ist die SPD deutlich skeptischer. Sie mahnt die mangelnde Attraktivität des Soldatenberufs an, will Anreize schaffen. Die Bundeswehr - sie stehe jetzt mit der freien Wirtschaft im Wettbewerb um die klugen Köpfe:

O-Ton Arnold

„Da geht’s nicht nur um Monetäres, da geht’s auch um Rahmenbedingungen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nicht mehr so oft umziehen müssen mit einer Familie, wo die Frau eine eigene Erwerbsbiographie hat. Die Welt hat sich ja verändert in den letzten 20 Jahren. Ohne ein entsprechendes Attraktivitätsprogramm wird die Bundeswehr vielleicht noch die ausreichende Zahl von Menschen kriegen. Aber es wird eine andere Bundeswehr sein, weil sie nicht mehr die richtigen bekommt.“

Dass sich die Aufgaben der Bundeswehr in der globalisierten Welt heute anders darstellen, darüber sind sich beide Volksparteien einig. Die SPD will mit der Gesellschaft über diese neue Rolle diskutieren:

O-Ton Arnold

„Deutschland kann gar nicht wegducken. Deutschland muss bereit und in der Lage sein, im Bündnis, im Auftrag der Vereinten Nationen, sich ggfs. auch vor Menschen schützend zu stellen, die in Bedrängnis sind, wo Völkermord droht. Und die Entscheidung der Bundesrepublik, sich im Bereich Libyen im Sicherheitsrat zu enthalten, hat tiefgreifende Folgen und hat einen großen Vertrauensverlust in der arabischen Welt, aber auch bei den Bündnispartnern ange richtet.“

Der Minister de Maizière jedenfalls spricht neuerdings von Deutschland als einer Führungsmacht in Europa. Eine neue Tonalität und eine, die verpflichtet, sagt auch Thomas de Maizière:

O-Ton de Maizière

„Deutschland wird in Zukunft von den Vereinten Nationen mehr als bisher um den Einsatz von Soldaten, auch dann gebeten werden, wenn keine unmittelbaren Interessen Deutschlands erkennbar sind. Wenn Wohlstand Verantwortung erfordert, dann gilt das auch für die deutsche Sicherheitspolitik.“

Ein Aspekt dieser deutschen Sicherheitspolitik: der Rüstungsexport. Bei der SPD heißt es, man wolle zurück zu restriktiven Exportrichtlinien der rotgrünen Regierungszeit. Eine Ausweitung der Rüstungsexporte aus wirtschaftlichen Gründen wird abgelehnt, zudem soll ein neues Gremium im Bundestag zentrale Waffenexportentscheidungen nicht nur kontrollieren, sondern zeitnah Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit herstellen. Ein deutlicher Unterschied zu der Union. Die will die Rüstungsexportrichtlinien überdenken und die politische Unterstützung für Exporte stärken – auch, so heißt es in einem CDU-Papier, gegen medialen Widerstand. Der verteidigungspolitische Sprecher der Union Beck weist noch auf einen zweiten Aspekt der Rüstungsexporte hin:

O-Ton Beck

„Können wir es uns leisten, dass wir in der Frage der Beschaffung moderner Waffensysteme komplett abhängig werden von anderen? Dann sagen mir alle, die was davon verstehen, wir brauchen den Export und wir brauchen auch hier

eine etwas weniger stringente Vorgabe durch den Bundessicherheitsrat, der die Dinge dann jeweils auf dem Tisch hat und auch genehmigt.“

Was Rüstungsprojekte insgesamt angeht, wissen beide Parteien um die Schwierigkeiten, Stichwort Euro Hawk-Pleite. Das Aufklärungsdrohnen wichtig sind, ebenfalls Konsens:

O-Ton Beck

„Wer kein Lagebild hat, handelt blind. Wenn Sie sich jetzt angucken, wie wichtig etwa ein verlässliches Lagebild für diesen Giftgasangriff in Syrien ist, dann ist das Element Aufklärung einfach eine der ganz wichtigen Fähigkeiten.“

Trotzdem will die SPD das Beschaffungswesen noch rigoroser als der amtierende Minister auf den Prüfstand stellen. Zeitnah am Bedarf orientiert ist das Motto vom verteidigungspolitischen Sprecher Rainer Arnold:

O-Ton Arnold

„Also es ist schon so, dass die Beschaffungsprozesse bei der Bundeswehr zu komplex sind, und viel zu lange gehen. Zeiträume in denen sich gerade Hochtechnologie von Jahr zu Jahr weiterentwickelt und man dann immer bei diesen Projekten technisch nachsteuern muss. Das macht es teuer, das macht es zeitaufwändig, und richtig ist auch: als solche Entscheidungen getroffen wurden, zum Beispiel 180 Jäger 90 zu beschaffen, sah die Welt noch anders aus.“

Der amtierende Verteidigungsminister jedenfalls stimmt die Nation immer wieder darauf ein, dass die Bundeswehr ungeachtet parteipolitischer Differenzen eine neue, eine herausfordernde Rolle zu übernehmen hat:

O-Ton de Maizière

„Wir reden gerne über Menschenrechte in aller Welt, und deswegen ist es auch Teil unserer Rolle in der Welt als eine Führungsmacht in Europa, internationale Verantwortung wahrnehmen zu können, nicht zu müssen. Wir müssen das und wollen das souverän entscheiden, aber wir können nicht einfach sagen: wir haben da nichts zu suchen, sollen doch mal die Polen und Australier die Kohlen aus dem Feuer holen. Diese Zeiten sind nach 1990 längst vorbei.“

* * *

Flocken:

Ein Bericht von Georg Schwarte. Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/info. Dort finden Sie u.a. das Papier der

Unionsfraktion, in dem ein Überdenken der Rüstungsexportrichtlinien gefordert wird.

Das gescheiterte Euro Hawk-Projekt wird den Steuerzahler viel Geld kosten. Denn eine investierte dreistellige Millionen-Summe ist verloren, weil die einst hochgelobte Aufklärungsdrohne keine Chance auf Zulassung für den europäischen Luftraum hatte. Der eingesetzte Untersuchungsausschuss hat jetzt seine Arbeit beendet und einen mehr als 1.500 Seiten dicken Abschlussbericht vorgelegt. Gibt es nun neue Erkenntnisse, um ein ähnliches Debakel künftig zu verhindern? Otfried Nassauer weiß mehr:

Manuskript Otfried Nassauer

Der Berg hat gekreist und eine Maus geboren. So kann man das offensichtliche Ergebnis des Untersuchungsausschusses „Euro Hawk“ zusammenfassen. Die Arbeit im Ausschuss und bereits die Einrichtung dieses Gremiums waren vom Wahlkampf geprägt. Die Opposition hatte Verteidigungsminister de Maizière im Verdacht, das Parlament belogen und zudem sein Ministerium nicht im Griff zu haben. Eine gute Gelegenheit, die Regierung noch einmal anzugreifen und zu kritisieren. Die Koalition sah das naturgemäß ganz anders. Sie sah sich verpflichtet, ihren Minister zu verteidigen. Beide Seiten interpretierten die Fakten konsequent im Sinne ihrer Aufgabe und kamen naturgemäß zu einem Ergebnis, das die Ausgangslage widerspiegelt: Die Regierung sieht Verteidigungsminister Thomas de Maizière vollständig rehabilitiert und findet seine Entscheidung zum Abbruch des Rüstungsprojektes richtig. Die Opposition dagegen kommt zu dem Schluss, der Minister habe nicht nur gelogen, sondern auch sein Ministerium schlecht geführt, und sich um das Beschaffungswesen nicht genug gekümmert. De Maizière selbst vollbrachte das Kunststück, seine falschen Aussagen zu missverständlichen Formulierungen zu erklären, und vorwiegend Mitarbeiter für das Desaster verantwortlich zu machen. Der CDU-Politiker nach seiner Anhörung im Sommer:

O-Ton de Maizière

„Ich bin davon überzeugt, dass ich heute alle Irritationen und Missverständnisse ausräumen konnte. Das war mir wichtig. (...) Ich bedauere, dass ich mich am 5. Juni nicht klarer ausgedrückt habe.“

De Maizière bleibt im Amt und die Obleute der Opposition glauben, dies sei den Wahlkampfzeiten geschuldet. Der SPD-Obmann Arnold:

O-Ton Arnold

„Ich glaub‘, die können im Augenblick froh sein, dass Wahlkampf ist, weil außerhalb des Wahlkampfes zu normalen politischen Zeiten, wäre dieser Minister nicht gehalten worden.“

In der Sache hält de Maizière seine getroffenen Entscheidungen nach wie vor für richtig. Ein luftgestütztes elektronisches Signalaufklärungssystem wie ISIS sei weiter dringend erforderlich.

Wie soll es also nun weitergehen? Bis zum Jahresende wird untersucht, welche Alternativen zum Euro Hawk als Trägersystem für ISIS genutzt werden können. Drei Ergebnisse sind denkbar: Entweder darf der ISIS-Hersteller EADS nun auch ein bemanntes Trägerflugzeug liefern, in das das Aufklärungssystem erst noch für viel Geld integriert werden muss. Oder aber, es wird ein marktverfügbares Geschäftsreiseflugzeug eines anderen Herstellers als Plattform genutzt. In beiden Fällen müsste die Bundeswehr Einschränkungen bei den geplanten Fähigkeiten in Kauf nehmen, könnte aber recht sicher sein, dass ihr Aufklärungssystem zugelassen würde. Eine dritte Option wäre ein anderer, neuer Euro Hawk. Genauer: Als Basis könnte dann der neuere Global Hawk Block 40 verwendet werden, statt des auslaufenden Modells Block 30. Dann müssten die Zulassungsfragen und das Problem einer verlässlichen Kollisionsvermeidung zwar weiterhin mit viel Geld gelöst werden, aber der Prozess könnte durch die zwischenzeitliche Einführung niedrigerer Voraussetzungen für die Zulassung unterstützt werden.

Ein zweiter Blick auf den mehr als 1.500 Seiten dicken Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zeigt jedoch, dass die Anhörungen den Abgeordneten klar gemacht haben, dass das Beschaffungswesen der Bundeswehr dringend einer umfassenden Reform bedarf. Fraktionsübergreifend sprachen sie von einem Bermuda-Dreieck, in dem der Bedarfsträger, also die Bundeswehr, die Industrie und die zivile Bürokratie des Wehrbeschaffungsamtes BAAIN regelmäßig teure und wichtige Beschaffungsprojekte der Streitkräfte in

den Sand setzen oder gleich ganz versenken. Obwohl dem Ausschuss für eine gründliche Untersuchung die Zeit fehlte, wurde mehrfach deutlich, warum die Industrie am Ende immer wieder viel weniger, viel später und weit teurer liefert, als sie ursprünglich versprochen hat. Mehrere Facetten dieses „Warums“ kamen zur Sprache:

Eine Zeugin aus dem Bundesrechnungshof führte überzeugend den Nachweis, dass es im Verteidigungsministerium weder ein funktionsfähiges Controlling noch ein geregeltes Berichtswesen und eine durchschaubare Aktenführung gibt. Da sei es nur logisch, wenn die linke Hand nicht wisse, was die rechte tue und wichtige Informationen die Entscheidungsträger nur spät oder gar nicht erreichen. Diese Erfahrung musste selbst der Untersuchungsausschuss bei seiner Arbeit machen: Er bekam so manche Akte aus dem Ministerium erst, nachdem er die Zeugenbefragungen bereits abgeschlossen hatte. Dabei wollte sich das Gremium mit den angeforderten Dokumenten auf die Anhörung vorbereiten.

Auch für ein weiteres Problem fehlte dem Ausschuss schlicht die Zeit, um es gründlich zu untersuchen. Trotzdem spürten die Abgeordneten fraktionsübergreifend, warum bei Rüstungsprojekten so viel schief läuft: Erfahrene Insider aus dem Beschaffungsamt beklagen schon lange, dass Industrie und Beschaffungsbürokratie oft eine unheilige Allianz eingehen: Probleme werden gemeinsam vertuscht und verschwiegen, obwohl sie aktenkundig sind. Klar erkannte Fehler lösen sich auf dem Weg der Berichterstattung und Meldungen durch die mittleren und höheren Managementebenen in versteckte Hinweise oder gar gleich im Nichts auf. Das hat Vorteile für die Industrie, weil sie nicht auf eigene Kosten nachbessern muss. Und es hat Vorteile für die zuständigen Projektmanager in Behörde und Ministerium: Die Projekte bleiben im Zeitplan, die Zuständigen bekommen gute Beurteilungen und werden zügig befördert. Allerdings: Am Ende erhält die Bundeswehr problematisches, wenn nicht gar schadhaftes Gerät. Politisch Verantwortliche werden oft erst informiert, wenn sich die Probleme weder lösen noch totschrweigen lassen. Oder wenn sie selbst auf der Arbeitsebene nachfragen. Ihnen bleibt dann nur noch die Wahl, ob sie die Verantwortung für dramatische Mehrkosten und Verzögerungen tra-

gen wollen oder aber das Projekt abbrechen, bei dem dann Steuergelder verloren gehen wie beim Euro Hawk.

Mitglieder des Untersuchungsausschusses wollen darauf reagieren. Der SPD-Obmann im Untersuchungsausschuss, Rainer Arnold, weiß, dass etwas getan werden muss:

O-Ton Arnold

„An diesem Amt in Koblenz sind ja schon manche verzweifelt. (...) Ein Ansatz – ich sag das jetzt mal sehr radikal - ist: (...) Dieses Amt darf nicht ständig größer und mächtiger werden. (...) Ich glaube, wir kommen hier nur aus der Misere raus, wenn man dieses Amt eher kleinteiliger organisiert, überschaubarere Einheiten schafft. (...) Also ich plädiere eher für eine dezentralere Organisationsstruktur in diesem Bereich.“

Sein Kollege Omid Nouripour von den Grünen will das Parlament in die Überwachung der Beschaffungsprojekte einbinden:

O-Ton Nouripour

„Ich persönlich würde der nächsten Legislaturperiode und dem nächsten Verteidigungsausschuss eine Empfehlung aussprechen. Diese lautet, einen Unterausschuss einzurichten, der sich permanent mit den Rüstungsvorhaben beschäftigt.“

Man darf gespannt sein, was aus diesen guten Vorsätzen wird. Möglicherweise nicht viel, denn an einer Reform des Wehrbeschaffungswesens hat sich schon so mancher die Zähne ausgebissen.

* * *

Flocken:

Die Entwicklung der Waffentechnologien schreitet immer weiter voran. Ein Beispiel für diesen Prozess sind die heftig diskutierten Drohnen. Von Piloten gesteuerte Kampfflugzeuge sind möglicherweise ein Auslaufmodell. Entscheiden in bewaffneten Konflikten künftig nur noch Computer, ob ein Ziel bekämpft wird oder nicht? Sind Maschinen bald Herr über Leben und Tod?

Darüber wurde in dieser Woche in Berlin in der Katholischen Akademie diskutiert. Eingeladen hatte das Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften,

kurz zebis. „Roboter am Abzug – Sind Soldaten ersetzbar?“, so der Titel der Veranstaltung. Michael Hollenbach berichtet:

Manuskript Michael Hollenbach

Ronald Arkin konnte und wollte nicht verbergen: Er ist fasziniert von der Möglichkeit, dass autonom agierende Roboter das Kriegsgeschehen der Zukunft bestimmen könnten. Der Professor für Robotik am Georgia Institute for Technology berät das US-Verteidigungsministerium, wenn es um den künftigen Einsatz von Kriegerobotern geht:

O-Ton Arkin (overvoice)

„Warum ist unser Militär interessiert an dieser Technologie? Weil dann ein Soldat die Arbeit von vielen Soldaten machen könnte. Das Militär nennt das Force Multiplication. Das ist wichtig für uns, weil wir eine Freiwilligen-Armee haben. Wenn wir weniger Menschen in der Armee haben, dann reduziert es auch das Risiko; wir haben eine bessere Moral in der Truppe. Das sind wichtige Aspekte für eine Streitmacht, in der Roboter kämpfen.“

Seit Jahren setzen Militärs auf teil-autonome Waffensysteme wie zum Beispiel auf Drohnen, aber auch auf Panzerminen:

O-Ton Arkin (overvoice)

„Es gibt intelligente Minen, die Geräusche auffangen, die erkennen, ob da ein Panzer anrollt, und die können sich auch ein Bild von dem Panzer machen. Wenn ein Panzer anrollt, dann wird keiner mehr gefragt, dann wird die Rakete direkt auf den Panzer abgefeuert und zerstört ihn.“

Für den US-Wissenschaftler ist klar: Die Weiterentwicklung der Technologie werde zwangsläufig dazu führen, dass die Militärs immer mehr Roboter einsetzen werden. Vor allem, da die Geschwindigkeit moderner Gefechte permanent zunimmt:

O-Ton Arkin (overvoice)

„Menschen müssen Entscheidungen viel schneller treffen als jemals zuvor. (...) Ob wir es wollen oder nicht: die Entscheidungskompetenz im Gefecht liegt nicht mehr primär beim Menschen, sondern sie hängt von der Geschwindigkeit ab, in der sich moderne Waffen auf uns zubewegen.“

Oberstleutnant Jörg Wellbrink ist Leiter des Dezernats Zukunftsanalyse im Planungsamt der Bundeswehr. Er warnt davor, in komplexen Gefechtssituationen nur auf den Automatismus hochtechnologischer Waffen zu setzen:

O-Ton Wellbrink

„Gerade in komplexen Situationen ist die künstliche Intelligenz überfordert. Kreativität, Einstellen auf neue Situationen, das sind alles Dinge, die künstliche Intelligenz bisher nicht leisten kann, und ich denke nicht, dass sie es in Zukunft so leisten kann, wie es versprochen wird.“

Ronald Arkin weist darauf hin, dass es im Irak und in Afghanistan zu zahlreichen Kriegsverbrechen von US-Soldaten gekommen sei. So hätten viele Irak-Veteranen in anonymen Befragungen später eingeräumt, auf Zivilisten geschossen zu haben. Für Arkin ein Zeichen der Überforderung der Soldaten:

O-Ton Arkin (overvoice)

„Das Problem ist, dass wir Soldaten in Kriegssituationen schicken, für die Menschen einfach nicht geschaffen sind. Das ist nicht fair. Fehler geschehen, weil wir menschlich sind. Deshalb passieren Kriegsverbrechen. Aber wir können garantieren, dass Roboter keine Zivilisten töten – höchstens versehentlich. (...) das ist meine These: Können nicht Roboter in militärischen Situationen menschlicher sein als die Menschen selbst?“

O-Ton Wellbrink

„Ich glaube, dass da ein falsches Bild vom Soldaten im Einsatz gezeichnet wird.“

Hält Oberstleutnant Jörg Wellbrink entgegen:

O-Ton Wellbrink

„Das Bild, das gezeichnet wird, sind Soldaten als Dummys, die permanent Fehler machen. Das ist eine Annahme, die ich nicht teile. Die andere Geschichte ist die Annahme, dass Roboter fehlerfrei agieren. Die teile ich erst recht nicht.“

Vielleicht agieren Roboter nicht immer fehlerfrei, aber bei ihnen spielen – so Ronald Arkin – bestimmte menschliche Schwächen keine Rolle:

O-Ton Arkin (overvoice)

„Wir können die ganzen Gefühle ausblenden wie Ärger, Enttäuschung, Angst. Das alles kann bei Soldaten dazu führen, Kriegsverbrechen zu begehen. Roboter haben keine Gefühle. Sie sind nicht frustriert. Sie haben keine Angst.“

Roboter als Systeme, die emotionslos die moralisch richtigen Entscheidungen treffen? Jörg Wellbrink kann da nur mit dem Kopf schütteln:

O-Ton Wellbrink

„Dann noch herzuzugehen und zu glauben, dass Roboter moralischer handeln können als Menschen, passt philosophisch nicht: Moral setzt immer freien Willen voraus, und da wird aus dem Bereich künstliche Intelligenz mehr versprochen als man halten kann.“

Robotik-Professor Arkin geht allerdings gar nicht davon aus, dass Roboter eine Moral besitzen:

O-Ton Arkin (overvoice)

„Roboter haben keinen freien Willen. Vergesst das. Worüber ich spreche, das ist die Fähigkeit, den Finger am Abzug zu haben, ohne menschliche Einmischungen.“

Während seines Vortrags in der Katholischen Akademie in Berlin zeigte Arkin auch Videos von US-Soldaten, die auf Zivilisten und auf verletzte irakische Soldaten geschossen hatten. Seine These: Emotional überforderte Soldaten überschreiten ethische Grenzen. Ob allerdings Roboter künftig genau erkennen, wer Zivilist oder wer Soldat ist, wer kampfbereit oder wer verletzt ist, das erschien vielen im Publikum doch äußerst fragwürdig. So auch Stephen Goose. Er ist Direktor bei Human Rights Watch und Mitbegründer der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen. Er fordert eine internationale Ächtung der autonom agierenden Kriegerroboter:

O-Ton Goose (overvoice)

„Am wichtigsten sind die moralischen und ethischen Einwände. Wir sollten keine vollautonomen Waffensysteme haben, die die grundlegenden Entscheidungen selbst treffen über die Auswahl der Ziele und die Entscheidung, wer getötet wird. Wir sollten immer einen Menschen haben, der die maßgeblichen Entscheidungen trifft.“

Ein Test-Moratorium für autonome Killer-Roboter – wie es heute von einigen Staaten vorgeschlagen wird – ist für Stephen Goose allerdings zu wenig.

O-Ton Goose (overvoice)

„Ich glaube, dass nur eine frühzeitige Ächtung helfen wird. Auch komplexe Regeln und Vorschriften werden da nicht weiter helfen. Die Erfahrungen haben wir

früher machen müssen mit Landminen und Streubomben. Eine komplette Ächtung ist der effektivste Weg.“

Für Jörg Wellbrink sind Roboter nur sinnvoll zum Beispiel bei der Munitionsbeseitigung oder der Bergung von Verletzten. Ansonsten plädiert der Oberstleutnant ebenfalls für eine Ächtung dieser neuen Waffengeneration. Das sei auch die abgestimmte Position in der Bundeswehr und im Verteidigungsministerium:

O-Ton Wellbrink

„Ich glaube, dass uns sowohl die Akademiker als auch die Industrie in eine Richtung führen, in die wir Militärs gar nicht wollen, weil es auch militärisch nicht sinnvoll ist. Ich glaube, dass es ein Irrweg ist.“

Wellbrink ist allerdings skeptisch, ob sich die weitere Entwicklung – zum Beispiel in den USA und Großbritannien - aufhalten lasse. Die Einführung der letalen, autonom agierenden Roboter kann dann auch zu einer Belastung in der NATO werden:

O-Ton Wellbrink

„Man muss sich dann schon die Frage stellen, ob man mit einem Partner, der autonome Roboter einsetzt, der gegen Menschen wirkt, in den Einsatz gehen will.“

Gerade der Einsatz der teilautonomen Drohnen im Kampf gegen die Taliban habe gezeigt, dass dies politisch-strategisch wenig erfolgreich ist.

O-Ton Wellbrink

„Die Diskussion zeigt deutlich, wo es hingeht: eigentlich hat es nichts gebracht. Gerade der Einsatz von autonomen Systemen im Terrorkampf erreicht nicht das, was man eigentlich erreichen wollen würde, sondern wir züchtet mehr Terroristen.“

* * *

Flocken:

Ein Bericht von Michael Hollenbach.

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien.

Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen: unter ndr.de/info. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrophon verabschiedet sich Andreas Flocken.